

Pressemitteilung vom 5. Dezember 2006

Erstmals EU-weit vergleichbare Daten zu Armut

WIESBADEN – Das Statistische Bundesamt hat Ergebnisse aus der 2005 erstmals durchgeführten Statistik LEBEN IN EUROPA zu Armut und sozialer Ausgrenzung für Deutschland vorgestellt. Danach waren in Deutschland im Jahr 2004 13% der Bevölkerung armutsgefährdet; das sind etwa 10,6 Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren. Die Armutsgefährdungsquote – das ist nach EU-Definition der Anteil der Personen, der mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen muss – liegt in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bei 17%, im früheren Bundesgebiet bei 12%.

„Armutrisiken sind vor allem Arbeitslosigkeit und fehlende Bildungsabschlüsse“, so der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, bei einem Pressegespräch in Berlin. Über 40% der Arbeitslosen und jeweils ein Viertel der Personen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung sind armutsgefährdet, aber nur 5% der Erwerbstätigen. Die neue Statistik wird seit dem Jahr 2005 in allen Ländern der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island erhoben. Sie bietet erstmals vergleichbare Daten zu Armut und Lebensbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten. Derzeit sind allerdings noch keine Daten anderer Länder für das Erhebungsjahr 2005 verfügbar.

Zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird nach dem europäischen Standard zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen herangezogen. Dieses wird auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel verteilt („bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen“), der berücksichtigt, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen. Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der Median (Zentralwert) des Äquivalenzeinkommens verwendet (ausführliche Erläuterung im Methodenanhang).

Menschen mit Armutsgefährdung müssen im Alltag auf viele grundlegende Dinge verzichten: Mehr als die Hälfte der Armutsgefährdeten in Deutschland können es sich nach eigenen Angaben nicht leisten, eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen oder unerwartete Ausgaben zu bewältigen (zum Beispiel eine defekte Waschmaschine zu ersetzen). Und 14% der armutsgefährdeten Menschen leben in Haushalten, in denen aus Kostengründen im Winter an der Heizung gespart werden muss.

Armutgefährdung behindert auch den Zugang zur Gesundheitsversorgung: Zuzahlungen und Selbstbeteiligungen halten nach Selbsteinschätzung mehr als ein Fünftel der Armutsgefährdeten (und immerhin 7% der nicht Armutsgefährdeten) davon ab, einen Arzt oder Zahnarzt aufzusuchen, wenn sie krank sind. Zugleich schätzen Armutsgefährdete ihren eigenen Gesundheitszustand wesentlich schlechter ein: 63% der nicht Armutsgefährdeten, aber nur 48% der Armutsgefährdeten geben an, eine gute oder sehr gute Gesundheit zu haben.

Ohne soziale Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeld wäre fast ein Viertel (24%) der Bevölkerung armutsgefährdet. Dabei profitieren verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich von sozialen Transferleistungen: Bei Alleinerziehenden und Familien mit Kindern wird durch Sozialtransfers die Armutsgefährdungsquote jeweils fast halbiert. So sind Alleinerziehende vor Sozialtransfers zu 56% armutsgefährdet, nach Sozialtransfers „nur“ noch zu 30%.

Detaillierte Ergebnisse zu LEBEN IN EUROPA enthält die Pressebroschüre „Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005“, die zusammen mit umfangreichen Tabellen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter dem Pfad „Presse – Presseveranstaltungen“ kostenlos abgerufen werden kann.

Weitere Auskünfte gibt:

Ulrike Timm,

Telefon: (0611) 75-4608,

E-Mail: ulrike.timm@destatis.de

Armutsgefährdungsquoten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen 2004

	Armutsgefährdungsquote	
	in %	
Insgesamt	13	
Früheres Bundesgebiet	12	
Neue Länder (einschl. Berlin)	17	
Personen in Haushalten mit....		
einem Erwachsenen ohne Kinder	27	
einem Erwachsenen mit Kindern (Alleinerziehende/r)	30	
zwei Erwachsenen ohne Kinder	11	
zwei Erwachsenen mit einem Kind	10	
zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	7	
zwei Erwachsenen mit drei oder mehr Kindern	12	
Nach sozialer Stellung		
Erwerbstätig	5	
Arbeitslos	43	
Ruhestand	14	
Sonstige Nichterwerbstätige	18	

Methodische Erläuterungen zu LEBEN IN EUROPA

Mit LEBEN IN EUROPA (englisch: Community Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) gibt es erstmals eine EU-weit vergleichbare Datenquelle über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Europa. Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Neu ist, dass die Befragten zu einigen Aspekten ihrer Lebensbedingungen subjektive Einschätzungen abgeben.

LEBEN IN EUROPA wurde in Deutschland erstmalig im Jahr 2005 durchgeführt. Da es sich um die erste Erhebungswelle handelt und aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit mit anderen nationalen Datenquellen, sind derzeit noch keine Aussagen im Zeitvergleich möglich.

Das erhobene Einkommen von LEBEN IN EUROPA 2005 bezieht sich auf das Jahr 2004. Daher sind keine Aussagen zu den Auswirkungen der sogenannten Hartz-IV-Gesetze möglich.

Eines der Hauptziele der Erhebung ist die Ermittlung der Armutsgefährdungsquote. Die Armutsgefährdungsquote sagt aus, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist. Zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen herangezogen. Es setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Transfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge sind abgezogen. Dieses Haushaltseinkommen wird auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der berücksichtigt, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen.

Die Äquivalenzskala weist jeder Person im Haushalt ein Gewicht zu. Die erste erwachsene Person bekommt stets das Gewicht 1. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. So ergibt sich bei einer Familie mit zwei Kindern beispielsweise das Gesamtgewicht 2,1. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird nun durch die Summe der Gewichte dividiert. Das so ermittelte Einkommen der Personen wird als „bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen“ bezeichnet und jeder Person im Haushalt als persönliches Äquivalenzeinkommen zugeschrieben. Zu beachten ist, dass es sich beim Äquivalenzeinkommen um eine fiktive Rechengröße handelt.

Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden die Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. 60% dieses Medianwertes stellen die Armutsgefährdungsgrenze dar.

[>>> Weitere Informationen](#)

Herausgeber:
© Statistisches Bundesamt
Pressestelle, Verbreitung mit
Quellenangabe erwünscht

Kontakt:
Telefon: +49 (0)611 / 75-3444
Telefax: +49 (0)611 / 75-3976
presse@destatis.de
www.destatis.de

Servicezeiten:
Mo - Do: 8.00 – 17.00 Uhr
Fr: 8.00 – 15.00 Uhr

Postanschrift:
65180 Wiesbaden
Deutschland